

Attac-Buch: Crash statt Cash

Die negativen Auswirkungen unregulierter Finanzmärkte sind seit einigen Monaten allgegenwärtig. Selbst die größten Traditionsbanken sind nicht mehr vor dem Konkurs zu retten. Während deren Gewinne viele Jahre lang nur Wenigen zugutekamen, soll für die Verluste nun die Allgemeinheit zahlen. Das Geld, das Staaten zur Stützung von maroden Banken und Immobiliengesellschaften brauchen, fehlt bei Gesundheit, Bildung und sozialer Absicherung. Was läuft schief auf den internationalen Finanzmärkten?

Dieses Buch diskutiert die Fehlentwicklungen ökonomischen und sozialen Auswirkungen von dreißig Jahren Finanzmarktliberalisierung. Nicht Wohlstand für alle, sondern Instabilität und ein Anwachsen der Kluft zwischen Arm und Reich ist die Bilanz. Das Buch beleuchtet die Rolle mächtiger Hedge- und Private-Equity-Fonds und die Bedeutung des Shareholder Values. Es analysiert die Auswirkungen auf die sozialen Sicherungssysteme in den Industrieländern und die Folgen für Entwicklungsländer.

Neben fundierter Kritik zeigt das Buch auch Lösungen und Handlungsmöglichkeiten für die nationale und internationale Politik auf. Demokratische Politik muss die Regeln bestimmen und wieder für stabile Finanzmärkte sorgen. Diese müssen die Realwirtschaft unterstützen anstatt sie zu dominieren und zu destabilisieren. Finanzmärkte müssen im Dienst einer sozialen und nachhaltigen Entwicklung stehen und gerechte Verteilung ermöglichen.

4 Forderungen für stabile Finanzmärkte

- **Globale und EU-weite Finanzmarktregulierung**

Globalisierte Finanzmärkte bedürfen einer globalen und EU-weiten Aufsicht und Kontrolle. Ansonsten ist der nächste Crash nur eine Frage der Zeit. Banken und insbesondere hochspekulative und aggressive Fonds müssen streng reguliert, bestimmte Anlagestrategien untersagt werden. Riskante Finanzprodukte (Derivate) müssen so wie Medikamente einer Zulassungspflicht unterworfen werden. Unbeaufsichtigter „Over the Counter“-Handel mit diesen Produkten ist zu verbieten. Alle Geschäfte müssen in den Bilanzen aufscheinen!

- **Steueroasen trockenlegen!**

Steuroasen sind zentral für das Funktionieren des globalen Finanzmarkt-Casinos. Superreiche, Banken und institutionelle AnlegerInnen werden dort weder fair besteuert noch reguliert und beaufsichtigt. Steuroasen könnten problemlos „trockengelegt“ werden, da sie zumeist westlichen Staaten unterstehen und vom Zugang zu den globalen Finanzmärkten abhängig sind.

- **Transaktionssteuern gegen kurzfristige Spekulation!**

Die Besteuerung aller Arten von Finanztransaktionen würde Spekulation eindämmen und die Stabilität der Finanzmärkte erhöhen. Um längerfristiges Anlageverhalten zu begünstigen, sollten zudem Aktienstimmrechte an die Haltedauer gekoppelt und Aktienoptionen (Koppelung der Managergehälter an Aktienkurs) verboten werden.

- **Bankenrettung: Die ZockerInnen müssen zahlen!**

Staaten müssen sich bei Rettungsaktionen für marode Banken entsprechende Anteile sichern. Es darf kein Steuergeld für die astronomischen Managergehälter geben - diese müssen auf das Dreißigfache der Mindesteinkommen begrenzt werden. Außerdem sind die die Rettungskosten von den VerursacherInnen und GewinnerInnen der Krise durch höhere Gewinn- und Vermögenssteuern mittelfristig zurück zu zahlen.

Um weitere Finanzkrisen zu vermeiden, müssen diese Forderungen umgehend umgesetzt werden. Die österreichische Bundesregierung muss sich auf europäischer Ebene nachdrücklich für eine wirksame demokratische Kontrolle der Finanzmärkte einsetzen!

Die Unterschriftenliste wird an die neue Bundesregierung übergeben.

"Bretton Woods II" benötigt demokratischen Prozess

Am 30.10. begannen in Washington die Beratungen der UNO-Sonderkommission, die Vorschläge zur Reform des weltweiten Finanzsystems vorlegen soll. Zur Weltfinanzkonferenz am 15. November sind jedoch nur die 20 mächtigsten Regierungen geladen. Daher fordern über 630 Organisationen aus über 88 Ländern die demokratische Beteiligung aller Regierungen und Bevölkerungen an einem "Bretton Woods II". Vierzehn österreichische Organisationen haben den Aufruf unterzeichnet.*

Jede künftige Weltfinanzkonferenz muss folgende Bedingungen erfüllen - so die Erklärung:

Alle Regierungen, die globale Zivilgesellschaft, BürgerInnengruppen und soziale Bewegungen müssen beteiligt werden.

Ein klarer Zeitplan für regionale Beratungen mit jenen, die von der Krise am stärksten betroffen sind

Das inhaltliche Mandat der Konferenzen muss umfassend sein und alle betroffenen Politikfelder und Institutionen umfassen.

Der Prozess muss transparent sein, die Vorschläge und Textentwürfe müssen öffentlich zugänglich sein und mit ausreichendem Zeitabstand vor den Folgekonferenzen diskutiert werden.

"Es kann nicht sein, dass die Lösungsvorschläge ohne öffentliche Diskussion und unter Ausschluss zahlreicher Regierungen erarbeitet werden. Dem Lobbyismus der Finanzindustrie muss ein Ende gesetzt werden. Regierungen müssen im Interesse von Menschen und Umwelt handeln und nicht im Interesse der Profitinteressen Weniger. Es braucht daher einen breiten demokratischen Prozess auf allen Ebenen", erklärt Attac-Obfrau Alexandra Strickner.

"Die Finanzkrise ist auch eine Krise der Weltwirtschaftsordnung und wird die Menschen in den Entwicklungsländern am stärksten treffen. Wir fordern daher gleiches Mitspracherecht für die Entwicklungsländer, um neue globale Lösungen zu erarbeiten", erklärt Ruth Picker von der AG Globale Verantwortung.

"Die unvermeidliche Reform des Finanzsystems darf nicht gegen die notwendigen Weichenstellungen im Umweltschutz ausgespielt werden, sonst mündet die Finanzkrise in eine Öko-Krise. Ein zukunftsfähiges Finanzsystem muss ökologisch sinnvoll aufgesetzt sein. Damit schlägt es zwei Fliegen mit einer Klappe. Umweltschutz setzt nachgewiesenermaßen nachhaltige Konjunkturimpulse und ist unvermeidbar, wenn wir nicht in auf dramatische Katastrophen zusteuern wollen", so Jens Karg von GLOBAL 2000.

"Die Politik der westlichen Regierungen, der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds (IWF) der letzten 30 Jahre hat völlig versagt. Es ist Aufgabe der UNO eine globale Antwort auf die globale Krise zu finden. Wir werden jedoch nicht akzeptieren, dass nun eine kleine Auswahl der mächtigsten Regierungen einen neuen exklusiven "Washington Konsens" erarbeitet", schließt Strickner.

* Arche Noah, ARGE Schöpfungsverantwortung, Attac, Katholische Jugend, Declaration of Salzburg for Development in Solidarity, Divine Word Missionaries Austria, GLOBAL 2000, Globale Verantwortung - Arbeitsgemeinschaft für Entwicklung und Humanitäre Hilfe, GPA-djp, International Protection, ksoe (Katholische Sozialakademie Österreichs), SERI - Sustainable Europe Research Institute, SOS Mitmensch, Volkshilfe

Attac-Forderungen im Überblick

1. Reform der internationalen Zusammenarbeit und Institutionen

Schließung von Offshore-Zentren

Kapitalverkehrskontrollen und Kreditbeschränkungen

Haftung der Anleger

Insolvenzverfahren für Staaten

Weltbank und Währungsfonds reformieren

Globale Währungs Kooperation nach Keynes

Europäische Zentralbank neu

EU-weite Finanzmarktaufsicht

2. Neuregulierung der Akteure und Produkte

Derivate: Genehmigungspflicht und Pflicht zum Handel innerhalb von Börsen

Reform von Basel II: Höhere und flexiblere Eigenkapitalvorschriften für Banken

EU-weit einheitliche Regulierung von Fonds

Beschränkung von Hochrendite-Fonds

Öffentlich kontrollierte und öffentliche Rating-Agenturen

Verbot von Stock Options

Koppelung von Aktienstimmrechten an Haltedauer

Veto für Belegschaft bei Fusionen und Übernahmen

3. Stabilisierung und Besteuerung

Einkommen aus Arbeit und Kapital gleich hoch besteuern

Tobinsteuer auf internationale Finanztransaktionen (global oder zumindest EU-weit)

Börsenumsatzsteuer bzw. Steuer auf alle Finanztransaktionen

4. Umverteilung

International koordinierte Steuer-, Lohn-, Sozial- und Umweltpolitik

Ausbau der öffentlichen Systeme sozialer Sicherung

Umverteilung durch Steuern

Globale Solidarität